

Protokoll

über die nichtöffentliche Landtagssitzung vom 18. Juni 1936

Beginn vormittags 9 Uhr bis 12 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Anwesend alle Abgeordneten. Reg. Vertreter Reg. Chef Dr. Hoop

Schriftführer Gassner

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und dahin abgeändert, dass auch die Betriebskapitalisierungskosten der Wasserversorgung Balzers wie die üblichen Gesuche subventioniert werden. Im übrigen wird es genehmigt.

1. Prüfung der Wahlakten der Triesenberger Landtagsersatzwahl.

Die anlässlich der letzten Landtagswahlen bestellte Kommission amtet wieder ihres Amtes und findet die Akten in Ordnung.

Landtagspräsident gedenkt ehrend des verstorbenen Abgeordneten Josef Beck und ersucht die Herren Abgeordneten, ~~MMMMMMMM~~ sich von den Sitzen zu erheben.

Hierauf wird die Beeidigung des neugewählten Abgeordneten Wandelin Beck, Triesenberg vorgenommen, der gemäss Verfassung den Eid in die Hände des Präsidenten ablegt.

2. Einbürgerung Max Albert Bloch.

Dr. Schädler wünscht, dass inskünftig jeweils die Tagesordnungen den Abgeordneten zugestellt werden, damit diese wissen, was zur Behandlung steht.

Präsident bemerkt, dass sich die Praxis herausgebildet habe, dass ~~MMMM~~ Einbürgerungen erst bei der Sitzung bekannt gegeben werden. Weiteres habe nichts zur Behandlung gestanden und es sei dies als ein Ausnahmefall anzusehen.

Dr. Schädler beantragt, die Aufnahme des Bürgerrechtswerbers abzulehnen, weil er Jude sei und die Unterlagen nicht vollauf entsprächen. Er kommt auch auf den Einbürgerungsfall des Khan Ayrom zu sprechen, der, soviel ihm von einer Seite mitgeteilt worden sei, auch nicht ganz einwandfrei sei. Er regt an, dass man diesen Fall im Auge behalte und evtl. von der gesetzlich eingeräumten Möglichkeit der Aberkennung des Bürgerrechtes im Bedarfsfalle Gebrauch

make.

Präsident klärt über den Fall Ayrom auf im Sinne der politischen Schwierigkeiten Ayroms in der Heimat. Er habe diese Darlegungen selbst bei der Regierung deponiert und sei in dieser Sache nicht im Sinne einer Täuschung vorgegangen. Dabei sei wohl zu bemerken, dass wohl die meisten Bürgerrechtswerber aus irgend einem bestimmten Grunde sich ein neues Bürgerrecht verschaffen und dass jedenfalls der Bürgerrechtswerber die damit verbundenen Auslagen mit den Vorteilen des neuen Bürgerrechtes abwägen werde.

Dr. Schädler:nimmt noch einmal Stellung zur Einbürgerung von Juden und führt aus:Jeder von uns weiss, dass die Juden lieber ausgebürgert als als Bürger aufgenommen werden. Ich sehe keine Veranlassung, dass wir hier die Juden, die anderswo abgelehnt werden, hier aufnehmen sollen. Verschiedene Staaten klassifizieren ~~ihre~~ ihre Leute in Staatsbürger und Reichsangehörige.. Es ist leicht, einen günstigen Leumund zu erhalten für Leute, die ein Interesse haben, an einem anderen Orte eingebürgert zu werden.. Schon aus diesen Gründen möchte ich empfehlen, diese Einbürgerung abzulehnen. Wir wollen den Liechtensteinern das erhalten, was wir sind. Es gibt manche, die aus reiner Vergrämung etz. eine andere Staatsbürgerschaft aufsuchen. Wenn solche herkommen, die reine Wäsche haben, dann ist es leicht möglich, sie aufzunehmen. Wenn aber andere Momente massgebend sind, dass man Verbrechen oder unsauberes Verhalten oder schliesslich eine gewisse Abstammung nachweisen kann, dann soll man sie nicht hereinnehmen.

Präsident:Ich bin auch der Ansicht, dass alle Vorsicht gewahrt werden soll. Wenn wir auf die warten, die aus Idealismus zum Lande Liechtensteiner werden, dann müssen wir alle bisherigen ausbürgern und in Zukunft von jeder Einbürgerung abstehe. Die Ansicht Dr. Schädlers ^{der Juden} hingegeben ist nur schwer zu teilen. Es ist verfehlt, nach dem Blut zu urteilen. Man soll den Menschen nach seinem Charakter beurteilen. Es hat auch anständige Menschen unter den Nichtariern. Vom christlichen Standpunkte aus ist Mensch eben Mensch und es kommt nicht auf die Rasse an, sondern auf das, was einer tut. Diese Beurteilung nach Rasse und Blut ist zusehr ausländischen Ver-

hältnissen entlehnt und wir haben keinen Grund, diesen Standpunkt auch bei uns anzuwenden. Diese Rassengeschichten sollte man bei uns zum Verschwinden bringen.

Dr. Schädler: Mit dieser Auffassung bin ich nicht einverstanden.

Wir sind ein eigenes Völklein und ich bin dagegen, dass der Charakter unseres Volkes durch fremdstämmige Menschen verunreinigt wird. Ich prophezeie nicht viel, aber ich glaube, es geht in Erfüllung, dass wenn die Judeneinbürgerung lay gehandhabt wird, das Judenproblem in unserem Lande auftaucht und die welche heute schützend mitmachen, werden dann mithelfen müssen, sie hinauszuerföhren. Wenn ein Jude sich irgendwo festsetzt, so wird er dafür sorgen, dass der nächste wieder ein Jude ist. Der Antisemitismus wird bei uns erst kommen. Damit er aber nicht akut werde, schneiden wir das Uebel bei der Wurzel ab. Ich möchte auf den Fall Rotter verweisen.

Präsident: Diesen Fall anzuziehen steht uns am allerwenigsten an, nachdem wir hier unangenehm Erfahrungen haben machen müssen.

Risch Ferdi: befürwortet die Aufnahme und erwähnt einen Einbürgerungsfall Stieglmayer, der ein anständiger und freigebiger Mensch sei, wie sie noch keinen gehabt hätten in Schaan.

Reg. Chef: betont, dass er nicht ein grosser Freund sei von allzuviel Juden, er halte aber vom wirtschaftlichen Standpunkte aus einen ausgesprochenen Antisemitismus für unsere besonderen kleinen Verhältnisse als sehr gefährlich. Mit Ausnahme des Falles Rotter seien bis heute noch keine Schwierigkeiten zu verzeichnen gewesen. Das Land werde auch nicht überschwemmt werden, da das Betätigungsfeld anderswo liege. Was die Wirtschaft betreffe, müsse geschaut werden, Arbeit und Verdienst zu verschaffen, da die Schweiz auf lange Sicht gesperrt sei. Wenn aber der Antisemitismus aufgezümt werde, so sei auch die Gründung von neuen Industrieen erschwert oder ganz fertig. Man habe z.B. erst kürzlich mit einer Firma in Zürich verhandelt, sie sich hier etablieren und eine Fabrick gründen wollte, die viele Arbeitslose beschäftigt hätte. Die Verhandlungen seien vor dem Abschluss gestanden, dann aber habe die Behandlung des Falles Isenberg sie bewogen, nicht hierher zu kommen. Aus wirtschaftlichen Gründen möchte er bitten, niemals die Äusserungen Dr. Schädlers in der Öffentlichkeit breit-

zuschlagen.

Auf die Frage des Reg. Chef, was für eine Stellung Dr. Schädler zu jenen Leuten bezw. Juden einnehme, die Arbeit bringen und hier Betriebe aufmachen, antwortete Dr. Schädler, dass solche begrüsst werden. Wenn sie nur als Gäste hier seien, seien sie beruhigt. Bei diesen bestehe auch die Möglichkeit des jederzeitigen Entzuges der Aufenthaltsbewilligung. Als Bürger jedoch sollten Juden nicht aufgenommen werden.

Elkuch und Hoop teilen die Bedenken Dr. Schädlers nicht. Die Gemeinden würden auch Geld benötigen.

Der Landtag beschliesst sodann mit 8 Stimmen, bei Seiner Durchlaucht die Aufnahme des Bürgerrechtswerbers zu beantragen.

3. Einbürgerung Markus William Greve.

Nach Kenntnisnahme der Unterlagen beschliesst der Landtag mit 10 Stimmen, dem Landesfürsten die Aufnahme dieses Bürgerrechtswerbers befürwortend vorzulegen.

4. Einbürgerungsgesuch des Alarie Friedrich De Forest und John Gerard De Forest, Söhne des Grafen v. Benden.

Reg. Chef gibt die Unterlagen bekannt.

Dr. Schädler fragt an, aufgrund welcher Vorkommnisse der Grafentitel an den Vater dieser Beiden verliehen worden sei.

Reg. Chef bemerkt, dass die finanziellen Leistungen des Grafen gegenüber der Sparkasse den Grund bildeten.

Dr. Schädler glaubt, dass die jährliche Steuer mit Frs. 200.- für jeden angesichts des unermesslichen Reichtums zu niedrig sei. Auch sollte von der Normaltaxe von Fr. 15000 pro Person nicht abgewichen werden.

Reg. Chef und Präsident erachten es im Hinblick auf das enorme Interesse der Aufnahmegemeinde als riskant, die Einbürgerung von der Bezahlung der vollen Taxe abhängig zu machen, da evtl. der Graf auf die Einbürgerung verzichtet, wenn man ihn in einer schlechten Laune treffe. J. G. Hasler begrüsst eine Erhöhung der Taxe, warnt aber, dem Grafen nur diese Bedingung zu stellen, da sie das Geld zur Wasserleitung dringend brauchen.

Der Landtag beschliesst sodann mit 10 Stimmen, beim Landesfürsten die Aufnahme der zwei Bürgerrechtswerber befürwortend vorzulegen. Andererseits aber soll versucht werden, den Grafen zur Bezahlung der normalen Taxen zu bewegen.

Risch Ferdi kommt auf die Einbürgerung Stiegelmayyer zu reden und weist darauf hin, dass sie benachteiligt worden seien und zwar um Frs. 1000. Er ersucht den Landtag um Beschlussfassung, dass der Gemeinde Schaan das Geld zur Verfügung gestellt werde.

Präsident beantragt Verschiebung der Angelegenheit auf die nächste Sitzung, wozu dann auch die nötigen Unterlagen beschafft werden sollen.

5. Expropriationsbewilligung für die Gemeinde Mauren.

Präsident betont die Notwendigkeit der Anwendung derselben und glaubt, dass noch eine Eingung erzielt werden könne.

Der Landtag bewilligt einstimmig das Expropriationsrecht.

6. Sanierung gefährdeter Existenzen.

Reg. Chef referiert über die Sache und befürwortet sofortige Hilfsmassnahmen, die einen Kredit von ca. Fr. 20,000 für 1935 erfordern. Damit glaubt er, könnten die unverschuldet in Not Geratenen vor dem bevorstehenden Ruin noch gerettet werden.

Präsident ist grundsätzlich dafür, glaubt aber, dass man vielen mit diesem Gelde einen Appetit wecke, den man nicht mehr zu stillen vermöge.

Beck Wend. beantragt, dass man solchen Leuten mit mehr Arbeit unter die Armen greifen sollte.

Büchel befürwortet wärmstens eine sofortige Hilfe im Sinne der Ausführungen des Reg. Chefs.

Hoop glaubt, dass man ruhig anfassen dürfe, da die Gemeinden genügend bremsen werden. Er erwachte die Beteiligung der Gemeinden bei der Sanierung als das beste Mittel für das Ueberhandnehmen dieser Fälle.

Der Landtag stimmt sodann dem Vorschlage des Reg. Chefs zu und bestellt eine Kommission, bestehend aus der Kollegialregierung, der Finanzkommission, Vorsteherung der Wohnsitz- & Zuständigkeitsgemeinde. Diese hätte die Fälle zu prüfen und Antrag zu stellen.

Schluss der Sitzung ½ 1 Uhr.

Joh. G. Huster
Ferd. Heidegger *Storck*